

## Das Volk denkt immer an die StudentInnen...

Aus Protest gegen die Freigabe der Fahrpreise im Nahverkehr in Guatemala Stadt entschied sich eine Gruppe StudentInnen der nationalen *Universidad San Carlos* (USAC), in den Hungerstreik zu treten. Sie forderten, dass die Diskussion um die Problematik des Transportwesens in der multisektoriellen Kommission erneut aufgenommen werde. Die Aktion der StudentInnen fand in einem Klima des Machtkampfes zwischen der Stadtverwaltung und der Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) statt, was in schwere Unruhen ausartete und fünf Todesopfer und über zwanzig Verletzte forderte. Nach zwei Tagen Hungerstreik und einer Woche Gewalt in den Strassen hoben die Behörden die Preiserhöhung auf und beriefen erneut die multisektorielle Kommission ein.

Gilligan, Studentenfürher der USAC, berichtet von den Gründen und Resultaten ihrer Kundgebung. Das Interview führte Judith Jäggi, Mitarbeiterin des *Centro de Estudios de Guatemala* (CEG).

*Frage: Welches ist die Ursache der Problematik des Busverkehrs in Guatemala Stadt?*

*Gilligan:* Es handelt sich um ein politisches Problem, hinter dem grosse Interessen stecken, ein Disput zwischen der PAN und der FRG. Die Busunternehmer argumentieren, dass ihre Gewinne ungenügend seien, obwohl sie nie bereit waren, die Zahlen über ihre Einnahmen zu veröffentlichen. Die StudentInnen innerhalb der multisektoriellen Kommission machten deshalb eine Studie über die Busbelegung. Die Busunternehmer kriegten Wind davon und brachten an diesem Tag mehr Transporteinheiten auf die Strasse, damit die Autobusse leer unterwegs waren.

Offensichtlich sind die Gewinne für die Unternehmer zurückgegangen, da sie Kredite zurückzahlen müssen, die sie aufgenommen haben, um ihre Fahrzeuge zu kaufen. Es stimmt aber nicht, dass sie in den roten Zahlen stecken. Ihre Gewinne sind momentan zurückgegangen, aber als Geschäftsleute wissen sie, dass sich, wenn sie alle Schulden abbezahlt haben, ihre Gewinne wieder steigern werden.

Die Busunternehmer sind einfach nicht fähig, ihre Geschäfte zu verwalten. So sagen sie dem Fahrer, "bring mir am Abend 800 Quetzales, der Rest ist für dich". So behält der Fahrer den Rest, was ungefähr 600 Quetzales sind, zahlt damit den Gehilfen aus und der Rest ist für ihn. Der offizielle Lohn eines Busfahrers liegt zwischen 750 und 800 Quetzales pro Monat. Wenn die Unternehmer keine gute Lohnpolitik haben, ist es offensichtlich, dass der Fahrer seinen Lohn stehlen muss.

*Weshalb habt Ihr die Form des Hungerstreik für Euren Protest gewählt?*

*Gilligan:* 1995 machten wir bereits einen Hungerstreik. Damals forderten wir die Verurteilung der Mörder von unserem *Compañero* Alioto Sánchez, der 1994 bei Protesten ebenfalls wegen des Transportproblems ums Leben kam. Der Tod von Alioto war entscheidend für die Wahl unserer Kampfform. Wir wollten unseren Leuten zeigen, dass es eine pazifistische Form des Widerstandes gibt, dass auf legale Weise protestiert wer-

den kann. Wir hatten nicht direkt Angst davor, aber die Vorstellung, dass ein weiterer *Compañero* der Universität bei den Protesten sterben könnte, hat uns ziemlich beunruhigt.

Den Hungerstreik begannen neun *Compañeros/as* der Jurafakultät, später kamen Leute der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und der Schule für politische Wissenschaften dazu. Zum Schluss waren etwa dreissig *Compañeros* und *Compañeras* dabei. Unser Hauptziel konnten wir erreichen: Ein pazifistischer Protest während einer ausreichend langen Zeit, um unsere Wut über die Fahrpreiserhöhung kundzutun und einen Ort zu etablieren (der Platz vor der Stadtverwaltung), welcher der unzufriedenen Bevölkerung als Versammlungspunkt dienen konnte.

*Wie war die Reaktion der Bevölkerung?*

*Gilligan:* Sehr positiv. Zum Schluss hatten wir sogar ein Zelt, die Leute begannen mitzuhelfen, brachten Geld, Wolldecken, Kleider, jemand brachte sogar Hemden, damit wir uns umziehen konnten. Es kamen VerkäuferInnen von den Märkten und brachten uns Körbe mit Orangen und Bohnen, damit wir nach dem Streik etwas zum Essen hatten.

*Habt Ihr auch Unterstützung von anderen Sektoren erhalten?*

*Gilligan:* Es ärgerte uns sehr, dass Sektoren der Zivilgesellschaft, die bisher alles schweigend hingenommen haben (die Unterzeichnung der Friedensabkommen, die Privatisierung der Telefongesellschaft, die Ablehnung der Verfassungsreformen und des Kinderschutzgesetzes) nun plötzlich versuchten, sich in den Vordergrund zu stellen. Sie nutzten die liebevolle Beziehung zwischen den StudentInnen und der Bevölkerung für ihre Zwecke, eine mystische Beziehung, die seit jeher besteht. Das Volk denkt immer an die StudentInnen in einem solchen Moment, weil es weiss, dass die StudentInnen immer da sind, wegen ihres aufreuerischen Geistes, wegen ihrer Jugend. Wir sind

konkret drei Sektoren für ihre Unterstützung dankbar: Der Presse, den StudentInnen der Mittelstufe und der guatemaltekischen Bevölkerung, die vielleicht in keinem Sektor organisiert ist, die aber ihr Gesicht gezeigt hat, im Moment, in dem dies nötig war.

*Ist es wahr, dass es Drohungen gegen StudentInnen gegeben hat?*

*Gilligan:* Wir haben die Informationen über die Todesdrohungen veröffentlicht. Wir entdeckten einen Plan, fünf *Compañeros* der Universität zu entführen. Dies war anscheinend für Mittwoch, einen Tag vor den Unruhen, gedacht. Bis heute wissen wir nicht, ob der Plan echt war, wahr ist aber, dass wir die notwendigen Massnahmen getroffen haben, wie zum Beispiel die Veröffentlichung dieser Information.

*Was bedeuten diese Geschehnisse für*

*die StudentInnenbewegung?*

*Gilligan:* Trotz aller internen Probleme, die eine StudentInnenbewegung haben kann, haben wir mit der nötigen politischen und menschlichen Reife gehandelt, um zusammenarbeiten zu können. Es handelt sich um ein soziales Problem und so haben wir es auch ins Auge gefasst.

Zusätzlich haben wir erreicht, der Bevölkerung im Allgemeinen, den PolitikerInnen und dem System zu zeigen, dass die StudentInnenbewegung immer noch präsent ist. Und das Ergreifendste ist, dass wieder eine StudentInnenbewegung der Mittelstufe entstanden ist. Früher oder später werden auch sie an die Universität kommen und wir möchten ihnen jetzt schon helfen, sich zu Führungspersönlichkeiten zu entwickeln. Wir haben Kontakt mit den *Compañeros/as* in den Schulen aufgenommen und sie sind bereits in die multisektorielle Kommission integriert. Dies war eine

unserer Bedingungen, um überhaupt wieder an der Kommission teilzunehmen.

*Mit welchen Zielen werdet Ihr in der multisektoriellen Kommission weiterarbeiten?*

*Gilligan:* Die StudentInnenbewegung des neuen Jahrtausend ist unpolitisch, sie ist in erster Linie 'studentisch', liebt das Volk, das Volk liebt sie und in diese Richtung wollen wir arbeiten. Im Vordergrund sollen unsere Interessen als StudentInnen und jene des Volkes stehen, zu dem wir uns zugehörig fühlen.

Nach unserer Meinung wäre es das Beste, das Transportwesen zu verstaatlichen. Wenn es private Transportunternehmen gibt, sollen sie unter staatlicher Führung funktionieren. Wir sind aber offen für den Dialog, um die beste und logischste Lösung für dieses Problem zu suchen, ohne daraus politischen Eigennutz ziehen zu wollen.

## Polizeichef entlassen

**Guatemala, 12. Mai.** Der Direktor der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), Baudilio Portillo Merlos, wurde mit sofortiger Wirkung entlassen, informierte auf einer Pressekonferenz sein Stellvertreter, Fredy Enrique Flores Lemus, der interimistisch das Amt des Direktors übernehmen wird.

Gemäss Innenminister Guillermo Ruiz Wong ist die Entlassung Portillo Merlos' die logische Konsequenz einer internen Reorganisation. Gleichzeitig versicherte er jedoch, dass sich sonst an der Spitze der Polizei nichts verändern werde. Die Entscheidung sei im Einverständnis mit Präsident Alfonso Portillo getroffen worden, vier Kandidaten, deren Namen aber noch nicht veröffentlicht wurden, stehen als Nachfolger von Portillo Merlos zur Diskussion, informierte Ruiz Wong.

In einem Interview in der Tageszeitung *Siglo XXI* beklagte sich der entlassene Polizeidirektor, er habe nie auf Unterstützung weder seitens der Regierung noch des Militärs zählen können. Von den Leuten der FRG sei er nicht akzeptiert worden, da er nicht Mitglied dieser Partei sei. Weiter meinte Portillo Merlos, falls seine Entlassung mit den Unruhen um die Preiserhöhung im Transportwesen in der Hauptstadt zu tun habe, so bereue er es nicht, dass er nicht gewaltvoller eingreifen lassen. Die meisten der Randalierer seien Jugendliche gewesen, gegen die er nicht habe Gewalt einsetzen wollen.

Für die Sicherheit in der Hauptstadt sind rund 3500 Polizisten zuständig, wovon jedoch die meisten für den Schutz und die Sicherheit in den Banken eingesetzt werden.

Nach der Entlassung des Polizeidirektors Portillo Merlos entbrannte im Kongress die Diskussion darüber, ob das Polizeigesetz so modifiziert werden müsse, dass ein Militär zum obersten Chef der zivilen Sicherheit ernannt werden kann. Ein entsprechender Vorstoss wurde von den Abgeordneten der *Partei des Nationalen Fortschritt* (PAN) eingereicht.

## MINUGA-Chef wird versetzt

**Guatemala, 16. Mai.** Nach über achtjähriger Tätigkeit in Guatemala verlässt der Chef der *UNO-Mission für Guatemala* (MINUGUA), Jean Arnault, das Land. Arnault hat als Beobachter der UNO an den Friedensverhandlungen zwischen der URNG und der Regierung teilgenommen und vermittelt.

Die Versetzung Arnaults erfolgte aufgrund eines Antrags des Generalsekretärs Kofi Annan an den UNO-Sicherheitsrat. Arnault wird in Zukunft die

UNO-Delegation in Burundi leiten.

Was genau der Grund für seine Versetzung ist, wurde nicht bekannt. Möglicherweise erfolgte sie aufgrund einer Neueinschätzung der Lage in Guatemala seitens der UNO, die zum Schluss kommt, dass die Präsenz der UNO in diesem Land nicht mehr so dringend ist.

Über die allgemeine Zukunft von MINUGUA und darüber, wer Arnaults Nachfolge antreten wird, gibt es keine Informationen.

### ¡Fijate!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijate!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijate!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Birmensdorferstr. 116**  
**8003 Zürich**  
**Tel. 01/ 462 98 74**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntägig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Privatisierung von Telgua, ein dunkles Geschäft

**Guatemala, 9. Mai.** Unter diesem Titel veröffentlichte Präsident Portillo die ersten Ergebnisse einer Untersuchung über den Verkauf der guatemaltekischen Telefongesellschaft, (früher GUATEL, heute TELGUA), der während der Regierungszeit seines Vorgängers, Alvaro Arzú, stattgefunden hat. Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass der Verkauf von GUATEL an die mexikanische Firma LUCA S.A. illegal gewesen ist. (Im Oktober 1998 kaufte eine im Konsortium Luca S.A. vereinte Gruppe nationaler und internationaler Investoren die nationale Telefongesellschaft für 700,1 Millionen US-\$. Ein Teil der Aktien wurde unterdessen an die mexikanische Telefongesellschaft TELMEX weiterverkauft.)

Es sei nicht im Interesse des guatemaltekischen Volkes gehandelt worden, sondern im Interesse gewisser Gruppierungen, heisst es im Dokument weiter.

Laut den Ergebnissen der Untersuchung hat Präsident Portillo nun drei Möglichkeiten, um den Verkauf von GUATEL juristisch anzufechten: Er kann einen Rekurs einreichen, der auf Verfassungswidrigkeit plädiert oder den Verkauf als eine 'Interessensverletzung des guatemaltekischen Staates' deklarieren. In beiden Fällen käme es zu einer Revision des Geschäftes, die Aktien von TELGUA würden an GUATEL zurückgehen und der Verkauf würde als ungül-

tig erklärt.

Die dritte Möglichkeit wäre, eine Kompensationszahlung von 81 Millionen US-\$ zu fordern, was in etwa dem Betrag entspricht, der laut der Untersuchung beim Verkauf von der guatemaltekischen Regierung draufgelegt wurde.

Portillo erklärte, er wolle sich von den Anwälten, die die Untersuchung durchgeführt haben (und deren Namen vorläufig nicht veröffentlicht wurden), beraten lassen, bevor er sich für die eine oder andere Vorgehensweise entscheide. Unabhängig davon sei es jedoch nicht möglich, dass sich die Regierung wieder um das Betreiben der Telefongesellschaft kümmern könne. Es seien nicht die finanziellen Mittel vorhanden, die investiert werden müssten, um aus GUATEL ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen zu machen.

Weiter kommt die Untersuchung zum Schluss, dass nicht mehr alle Dokumente über den Verkauf von GUATEL vorhanden sind.

Die Kongressabgeordneten der PAN verlangten von Portillo, detaillierte Informationen über die Untersuchung vorzulegen und die Namen der daran Beteiligten zu veröffentlichen. Auch das *Zentrum für wirtschaftliche Untersuchungen* (CIEN) fordert, dass wenigstens die Untersuchung über den Verkauf von GUATEL transparent verlauten und rechtlich abgesichert sein sol-

len.

Das mexikanische Unternehmen TELMEX, die heutige Besitzerin von TELGUA, steht den Diskussionen über mögliche Unrechtmässigkeiten beim Verkauf von GUATEL gelassen gegenüber und verkündet, in Kürze würden die Aktien von GUATEL an die internationale Börse gelangen. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Präsident des Verwaltungsrates von TELMEX, Carlos Slim, sie hätten nichts mit dem Privatisierungsprozess in Guatemala zu tun. Es habe sich für sie um eine normales Wettbewerbsverfahren gehandelt, an dem auch die deutsche *Telekom*, die spanische *Telefónica* und die nordamerikanische *AT&T* mitbeteiligt gewesen seien.

Vier Monate nach seiner Amtseinführung sieht es fast so aus, als ob Portillo eines seiner Wahlversprechen umsetzt: Die Untersuchung des Verkaufs der Telefongesellschaft GUATEL. Ob es ihm dabei wirklich um das Wohl des Volkes geht, das seiner Meinung nach ein Recht darauf hat, die Hintergründe dieses Verkaufes zu kennen, oder ob es ihm nicht vielmehr darum geht, der Regierung Arzús und der PAN eins auszuwischen, sei dahingestellt. Letzteres bestätigte Portillo mit seiner Aussage, es gehe ihm nicht nur darum, den Handel als staatschädigend zu erklären sondern darum, die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

## Wiederaufnahme der US-Militärhilfe an Guatemala?

**Guatemala, 17. Mai.** Das nordamerikanische Repräsentantenhaus wird Anfang Juni darüber entscheiden, ob die Militärhilfe an Guatemala wieder aufgenommen werden soll. Die militärische Unterstützung an Guatemala wurde 1990, nach der Ermordung des US-Staatsbürgers Michael Devine durch in den USA ausgebildete, guatemaltekische Militärs, eingestellt.

1996, nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen, wurden die verhängten Restriktionen gelockert: Im Rahmen des Programms IMET (Internationales Militärtraining) erhielten guatemaltekische Soldaten Ausbildung in Menschenrechten, Staats- und Rechtskunde sowie militärisch-zivilen Belangen. Nun soll dieses IMET-Programm erweitert werden und zusätzlich Kampfausbildung enthalten.

Eingereicht wurde dieser Vorschlag vom US-amerikanischen Innenministerium und zwar mit der Begründung, das guatemaltekische Militär verhalte sich vorbildlich bei der Umsetzung der Frie-

densabkommen. Diesem Argument widerspricht der im November 1999 herausgegebene Bericht der UNO-Mission für Guatemala (MINUGUA) über die Umsetzung der Friedensverträge, der festhält, dass das Militär auf quantitativer Ebene (Anzahl Soldaten, Budget) die Abkommen eingehalten habe, auf der qualitativen Ebene jedoch nicht (z.B. Reform des Militärgesetzes).

Die US-amerikanische *Arbeitsgruppe Lateinamerika* (LAWG) und andere Solidaritätsgruppen haben eine Unterschriftenaktion gestartet, um die Wiederaufnahme der Militärhilfe an Guatemala zu verhindern. Der US-amerikanische Kongress hat sich vorerst dagegen ausgesprochen, die entscheidende Diskussion im Repräsentantenhaus steht noch aus.

Unabhängig davon, ob diese direkte militärische Unterstützung bewilligt wird oder nicht, findet bereits jetzt eine weitreichende militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und den zentralamerikanischen Staaten statt. Im Rah-

men der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Region wurde eine Vereinbarung über 'Demokratische Sicherheit in Zentralamerika' erarbeitet, welche auch von den guatemaltekischen Streitkräften unterzeichnet wurde. So läuft denn die militärische Zusammenarbeit unter den Deckmantel 'Drogenhandelsbekämpfung' oder 'Wiederaufbau'. Bezeichnenderweise laufen alle diese gemeinsamen Übungen unter dem Diktat und durch Finanzierung der USA, wie zum Beispiel die kürzlich in Guatemala abgehaltene Übung 'Maya Jaguar', bei der US-amerikanische Truppen auf guatemaltekischem Boden Drogenhandelsbekämpfung geübt haben.

Eine weitere Entscheidung, die das US-amerikanische Repräsentantenhaus in diesen Tagen zu treffen hat, betrifft die Schliessung der *Escuela de las Americas*, in der seit 1946 mehr als 60'000 lateinamerikanische Militärs ausgebildet wurden. Die *Escuela de las Americas* soll durch das *Institut für Verteidigungszusammenarbeit* ersetzt werden.

## Portillo präsentiert Finanzplan

**Guatemala, 9. Mai.** Nachdem er bereits über vier Monate im Amt ist, hat Präsident Portillo endlich seinen Finanzplan für die vier Jahre seiner Regierungszeit öffentlich gemacht. Sein Hauptziel sei es, Guatemala in die Weltwirtschaft einzuführen, die Wirtschaft im Land selber anzukurbeln und somit die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern, erklärte Portillo.

Der Wirtschaftsplan umfasst dreissig Punkte zu den verschiedenen wirtschaftlichen Sparten, u.a.: Bekämpfung der Steuerflucht und Korruption, Umsetzung des Finanzabkommens, Eindämmung und Verringerung der Inflation, Senkung der öffentlichen Ausgaben, Bekämpfung der Armut, Investition der aus der Privatisierung staatlicher Unternehmen gewonnenen Geldern in soziale Projekte, Modernisierung der Finanzinstitute. Ausserdem soll es möglich sein, Dollar-Konten zu eröffnen.

Der Wirtschaftsplan basiere auf der Ökonomie-Philosophie Portillos, berücksichtige jedoch auch die Vorschläge und Ideen der Sektoren der Zivilgesellschaft, hiess es bei dessen Präsentation.

Trotzdem unterscheidet er sich nicht gross von den Finanzplänen früherer Regierungen, enthält keine grossen Neuerungen und verfolgt deren neoliberale Linie. Dem kommt auch das endlich unterschriebene Freihandelsabkommen (TLC) mit Mexiko, Honduras und El Salvador sehr entgegen.

In der Öffentlichkeit stossen Por-

tillos Ideen jedoch auf Widerstand:

Um den Bausektor im eigenen Land zu stärken, schlägt Portillo nämlich vor, 350 Millionen Quetzales (rund 48 Millionen US-\$) in die Bauwirtschaft zu investieren. Das Geld soll von der Regierung (150 Millionen), der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BCIE) und aus dem RentnerInnen-Fonds des *Institutes für Sozialversicherung* IGSS (je 100 Millionen) zur Verfügung gestellt werden.

Portillo betonte, eine Studie über die finanzielle Situation des IGSS gemacht zu haben, wobei herausgekommen sei, dass die Institution über 4'000 Millionen Quetzales auf den verschiedenen Banken angelegt habe und durchaus in der Lage sei, etwas zu dem Wohnungsbauprojekt der Regierung beizutragen. Beim IGSS selber stiess diese Forderung jedoch auf Ablehnung. Es handle sich hierbei um Geld, das die guatemaltekeische Bevölkerung durch ihre Beitragszahlungen zusammengespart habe und der Präsident sei nicht dazu berechtigt, über dieses Geld zu bestimmen.

Auch der *Zusammenschluss der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) spricht sich gegen diese Massnahme aus. Damit würden zwei Bevölkerungsgruppen (die Pensionäre und die Wohnungslosen) gegeneinander ausgespielt. FREPOGUA fordert, dass der Bau von Sozialwohnungen gänzlich aus dem Staatsbudget finanziert wird. Weiter

wird Portillo unterstellt, es gehe ihm nur darum, den kommerziellen Wohnungsbau zu fördern und nicht den Bau von Sozialwohnungen.

Positiv, doch mit einer gewissen Vorsicht, nahm der *Dachverband der UnternehmerInnen* (CACIF) das Wirtschaftsprogramm Portillos auf. Marco Augusto García Noriega, Präsident des CACIF, bewertet die Vorsätze als 'ziemlich positiv'. Jetzt müsse sich nur noch die Kluft zwischen Rhetorik und Praxis schliessen, meinte García Noriega. Kritik übt der CACIF jedoch daran, dass der Wirtschaftsplan Portillos keine Massnahmen enthalte, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die Exportwirtschaft zu fördern.

„Die Regierung ist zuständig für die Makroökonomie, die Privatwirtschaft für die Mikroökonomie“, sagte Portillo beim Vorstellen seines Finanzplans. Carmen Aceña vom *Zentrum für wirtschaftliche Untersuchungen* (CIEN) kritisiert Portillo, weil er, z.B. mit dem Dekret über die Gehaltserhöhungen um 200 Quetzales, der Liberalisierung der Zuckerimportsteuer und anderer Massnahmen, die er in den ersten Monaten seiner Regierungszeit ergriffen hat, genau gegen diese Regel verossen habe.

Dass eine Stabilisierung oder Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu verzeichnen sei, zeige sich im momentan stabilen Dollarkurs (1 US-\$ kostet im Moment 7.72 Quetzales), gab Aceña jedoch zu.

## Undurchschaubare Rotationen im Militär

**Guatemala, 17. Mai.** Präsident Portillo konnte nicht mehr bis zum 29. Juni, dem 'Tag des Militärs' warten, dem Tag, an dem normalerweise Beförderungen im Militär zelebriert werden, um den Chef des Generalstabs der Armee (EMDN) auszuwechseln: Am 8. Mai setzte er Oberst César Augusto Ruiz Morales ab und ernannte Eduardo Arévalo Lacs als dessen Nachfolger.

Am Tag darauf wechselte der Verteidigungsminister Juan de Dios Estrada den Chef des Geheimdienstes (G-2) aus; Marco Tulio García Franco nimmt den Posten von Luis Alberto Gómez Guillermo ein. (Diese Meldung wurde jedoch kurz darauf von der *Presseabteilung der Armee* (DIDE) widerrufen.)

Obwohl es sowohl Portillo wie Juan de Dios Estrada als 'Routinewechsel auf dem Weg zu einer demokratischen Armee' bezeichneten, kursieren diverse Gerüchte über Probleme, nicht nur innerhalb der Militärführung sondern ge-

nerell innerhalb der Regierung.

Der ehemalige Militär Otto Pérez Molina z.B. bezeichnete die Wechsel als alles andere als 'normale Routine'. Für ihn sei es ein klares Zeichen von Machtkämpfen innerhalb der Regierung. Auch Ex-Präsident Vinicio Cerezo Arévalo meinte, dass 'etwas schief gelaufen ist'. Von den entsprechenden Regierungsstellen wurde dies dementiert.

Etwas ist jedoch offensichtlich: Der Ausbildungsjahrgang des Verteidigungsministers (*Promoción 73*) übernimmt mehr und mehr die wichtigen Posten innerhalb des Militärs. Da Portillo dem Verteidigungsminister sehr nahesteht, hat er somit die Gewissheit, dass ihm das Militär loyal ist. Das ist dringend nötig, denn einige Tage vor den Wechseln in der Militär- und Geheimdienstführung sprach Portillo im Zusammenhang mit den Ereignissen rund um die Preiserhöhung im Transportwesen und der Rolle, die das Militär dabei ge-

spielt hatte (es stand in den Zufahrtsstrassen bereit, ohne dass man genau wusste, wer dies veranlasst hatte), von einem versuchten Staatsstreich. Originalzitat: "Ich dulde weder destabilisierende Tricks noch Staatsstreiche, in meiner Funktion als oberster Kommandant der Armee werde ich die Schritte unternehmen, um die Demokratie und die Friedensabkommen zu schützen."

Der abgesetzte Chef des EMDN, Oberst César Augusto Ruiz Morales, sagte in einem Zeitungsinterview, er fühle sich betrogen. Er sei von einem Tag auf den andern entlassen worden, ohne dass ihm dafür ein klarer Grund genannt wurde. Die Idee vom Staatsstreich habe Portillo von seinen Beratern, das Militär sei weit davon entfernt, so etwas zu planen. Ruiz Morales vermutet vielmehr, dass seine Absetzung damit zu tun hat, dass er der selben Sekte wie Ríos Montt angehört, was gewissen Leuten um Portillo nicht passe.

## Archive mit über 650 Tausend Namen gefunden

**Guatemala, 8. Mai.** Der Leiter des umstrittenen *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), Edgar Gutiérrez, gab die Existenz einer Liste mit über 650'000 Tausend Namen bekannt, die er auf dem Computersystem obengenannter Institution gefunden hat. Darin erfasst sind die Namen von PolitikerInnen, StudentInnen, Mitgliedern der Ex-Guerilla, UnternehmerInnen, GewerkschafterInnen, KirchenvertreterInnen, aber auch von Personen, die nie ins politische Rampenlicht getreten sind wie z.B. diejenigen diverser Fussballspieler oder von Jugendlichen und Kindern.

Zu den in den Dokumenten aufgelisteten Personen gehören u.a. Erzbischof Juan Gerardi, die Anthropologin Myrna Mack und die seit über einem Monat verschwundene Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez, nur um einige der Personen zu nennen, über deren Schicksal Unklarheit herrscht. Unter der Nummer 282574 ist selbst der heutige Präsident Alfonso Portillo eingetragen.

Während einer Pressekonferenz und in Anwesenheit des Menschenrechtsbeauftragten der Regierung, Julio Arango Escobar, informierte Gutiérrez über die Details des Fundes und erklärte, die Liste sei bereits vor einigen Wochen der Staatsanwaltschaft und der UNO-Mission für Guatemala (MINUGUA) überreicht worden, damit diese eine Untersuchung einleite.

Am 10. März seien die Daten per Zufall auf der Festplatte des Computers gefunden worden, wo sie wegen ihrer Grösse aufgefallen seien, sagte Gutiérrez. Ein einzelnes Dokument habe den Umfang von 33 Disketten. Es handle sich um drei (zum Teil im Doppel vorhandene) Archive.

Das erste enthält Namen von 650'428 Personen und Organisationen. Im zweiten, das noch nicht vollständig entschlüsselt wurde, geht es um eine Auflistung von 147'000 Personen, die ein öffentliches Leben geführt haben, bzw. über die in der Presse geschrieben wurde. Das dritte umfasst sehr ausführliche Daten über Personen, wie zum Beispiel Vorstrafen, Parteizugehörigkeit, Beruf, etc. Die Logik, die hinter der dritten Liste steckt, wurde noch nicht herausgefunden.

Die Daten seien zwischen dem 26. Dezember 1995 und dem 18. Januar 1996 (Übergangszeit von der Regierung Ramiro de Leon Carpio zur Regierung Alvaro Arzú) auf das System seiner Computer kopiert worden, was bedeute, dass sie nicht darauf geschrieben worden sind. Das Zusammentragen all dieser Daten sei eine Arbeit von mindestens zehn Jahren gewesen, meinte Gutiérrez, es seien mehr Namen aufgelistet als im nationalen Telefonbuch.

Gutiérrez sagte, er habe sich dazu entschlossen, die Dokumente zu veröf-

fentlichen, da deren blosser Existenz bereits eine Menschenrechtsverletzung sei. Er übergab eine Kopie der Daten an Arango Escobar, der auch sofort ein Büro einrichten liess, wo interessierte Personen nachfragen konnten, ob sie in den Listen erscheinen. Dass sie als erstes ein Formular ausfüllen mussten, laut Arango Escobar für 'Archivzwecke', scheint niemanden gestört zu haben...

Für die Menschenrechtsorganisationen ist die Entdeckung dieser Liste der Beweis für etwas, das sie schon immer vermutet haben: Der guatemaltekische Geheimdienst führte minutiös Buch über die politische Opposition und über die sog. 'Verschwundenen'. Es gibt auch einen Bericht des Europaparlaments über die Überwachungsprogramme des guatemaltekischen Militärs, in dem die Zeugnisaussage eines im Londoner Exil lebenden Generals besagt, dass das guatemaltekische Militär Computerlisten über tausende von Personen erstellte.

Interessant sind indessen die Fragen, die ein Kolumnist der Tageszeitung *Prensa Libre* aufgeworfen hat: Wie viele solcher Archive gibt es noch? Wie viele der in den Listen aufgeführten Personen wurden vom Militär entführt und ermordet? Und weshalb lud Gutiérrez an einem Sonntagmorgen zu einer Pressekonferenz ein, um eine so wichtige Nachricht zu veröffentlichen?

## Alle Jahre wieder...

**Guatemala, 20. Mai.** Wie immer zu Beginn der Regenzeit, rückt die Situation der Menschen in den *Barrancos*, den Abhängen, die bei starken Regenfällen als erste von Schlamm überschwemmt und weggespült werden, für einen Moment ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. So auch dieses Jahr.

Eine Studie der *Lateinamerikanischen Fakultät für soziale Wissenschaften* (FLACSO) kommt zum Schluss, dass rund 550 der in den letzten elf Jahren registrierten 1666 'Katastrophen', durch Überschwemmungen und dadurch ausgelöste Erdbeben waren. In dieser Studie nicht mitgerechnet sind die Auswirkungen des Hurrikans Mitch, der allein 400 Todesopfer und über 400'000 Geschädigte forderte.

Solche Tragödien wiederholen sich Jahr für Jahr, bestätigte auch William Mazariegos von der *Vereinigung der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA). Die Organisation greife jedes Jahr einen Präventionsplan zurück, der darin bestehe, die Leute in den gefährdeten

*Barrancos* zu warnen und ihnen bei der Evakuierung zu helfen, erklärte Mazariegos. Das Problem bei der Umsetzung dieses Planes sei jedoch meistens, dass die Leute nicht bereit seien, das Wenige das sie besitzen, zurückzulassen und sich an einem andern Ort niederzulassen.

Dieser Widerstand der Bevölkerung beruhe auf ihren Erfahrungen während des Hurrikans Mitch. Die Regierung habe damals ganze *Barrios* (Quartiere) evakuieren lassen, die Leute zum Teil weit ausserhalb des Zentrums angesiedelt, wo sie kein Einkommen finden könnten. Ausserdem würden sie dort unter noch schlechteren Bedingungen leben als zuvor und die versprochene Hilfe der Regierung sei bis heute ausgeblieben. Rund 96'000 Familien sind laut Mazariegos von den Erdbeben und Überschwemmungen direkt bedroht.

Auch die *Nationale Koordination zur Verhinderung von Katastrophen* (CONRED), hat präventive Massnahmen ergriffen. Wieviele der in den *Barrancos*

lebenden Personen die Faltprospekte von CONRED lesen können, oder ein Telefon zur Hand haben, um die Nummer 119 zu wählen, sei dahingestellt, CONRED strahlt immerhin auch Radiospots in verschiedenen Sprachen aus...

Unter dem Titel "Hurrikan Mitch, eine angekündigte Katastrophe" zeigt das *Büro für humanitäre Hilfe* (ECHO) der Europäischen Union in der Hauptstadt eine Fotoausstellung mit Bildern über ihre seit 18 Monaten laufende Aufbauhilfe nach dem Hurrikan.

Die Ausstellung ist Teil der Kampagne "Wir machen weiter", deren Ziel es ist, die europäische Bevölkerung dazu aufzurufen, weiterhin mit der lateinamerikanischen Gesellschaft solidarisch zu sein. Sie will die Wichtigkeit der Wiederaufnahme der durch den Hurrikan unterbrochenen Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen.

Der zentralamerikanischen Bevölkerung wiederum soll die Weiterführung der europäischen Solidaritätsarbeit gesichert werden.

## Weltbank soll zur Rechenschaft gezogen werden.

**Washington, 8. Mai.** Carlos Chen Osorio, ein Überlebender des Massaker von Río Negro, Baja Verapaz, lancierte mit Hilfe der US-amerikanischen Menschenrechtsgruppe *Right Action* anlässlich deren Frühjahrssitzung einen Wiedergutmachungsprozess gegen die Weltbank. Die weltweite Kampagne fordert für Angehörige und Überlebende von Río Negro sowohl Entschädigung für das geraubte Land, als auch Wiedergutmachungsgelder für den Einkommensausfall während 17 Jahren, für psychologische Verletzung und den Kulturverlust der Achí Mayas.

Zwischen 1975 und 1985 wurde mit massiver finanzieller Unterstützung seitens der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Chixoy, Baja Verapaz, ein gigantischer Stausee gebaut. Für den Bau wurden 3500 Familien umgesiedelt und 1440 Hektaren urbanes Land wurde überschwemmt. Dem Widerstand gegen die Umsiedlung begegnete die damalige Militärregierung mit Massakern an über 791 Personen.

Carlos Chen Osorio ist einer der achtzehn Überlebenden des Massakers vom 13. März 1982 in Río Negro. Über fünf Jahre versteckte er sich in den Wäldern vor den Zivil- und Militärpatrouillen. 1992 kehrte er in die Region von Rabinal zurück, wo er zusammen mit anderen Vertriebenen im Modelldorf Pacux lebte.

1993 wurde das Witwen- und Waisenkomitee von Rabinal gegründet, dessen Ziel es war, für bessere Lebensbedingungen in Pacux zu kämpfen. Später schloss sich das Komitee einer breiteren Verbindung, der *ADIVIMA* (Entwicklungsorganisation für die Opfer von Gewalt in Maya Achí) an, die heute rund dreissig Gemeinden organisiert, die alle in den achtziger Jahren von der Militärmacht terrorisiert wurden. Seit 1995 wird *ADIVIMA* von der nordamerikanischen Menschenrechtsorganisation *Right Action* unterstützt. Die gemeinsamen Kampagnen sind beispielhaft im Kampf gegen die Straflosigkeit. Nach siebenjähriger Zusammenarbeit können sie auf einige Erfolge zurückschauen.

Alles begann mit der Exhumierung der Massengräber, in Río Negro wurden 1993 hundertvierzig Leichen geborgen. Leider konnten nach so langer Zeit nur sehr wenige identifiziert werden. Die Überreste der Ermordeten wurden im Juni 1994 mit einer Mayazeremonie beigesetzt und es wurde ein Mahnmal mit den Namen der Mörder errichtet. Diese Gedenkstätte, die in der Nähe der Militärkaserne lag, wurde aber umgehend

zerstört. Die Vermutung, dass das Militär dafür verantwortlich ist, liegt nahe. Durch Proteste in der Presse erreichten die Überlebenden eine breite Solidarität und konnten mit Hilfe von *EPICA* (Ökumenisches Programm für zentralamerikanische und karibische Organisationen) mit Sitz in Washington, ein weit grösseres Mahnmal für das Massaker von Río Negro errichten.

Bereits 1993 wurden drei frühere Führer der Zivilpatrouille als Verantwortliche für das Massaker in Río Negro angeklagt. Es dauerte Jahre, um den Fall vor Gericht zu bringen, Bezugnehmend auf die Exhumierungen und die AugenzeugInnenberichte wurden die Angeklagten zuerst zum Tode, im Berufungsverfahren im letzten Oktober zu 50 Jahren Zuchthaus verurteilt (siehe ¡Fijate! Nr. 194).

Neben dieser Prozessführung ist der Kampf um Wiedergutmachung im Bereich der Landfrage und des verlorenen Einkommens sehr schwierig. Die Wiedergutmachungsklage basiert auf der Tatsache, dass die Gemeinde vom Elektrizitätswerk (INDE) nie einen adäquaten Ersatz für das durch den Bau des Stausee verlorene Land erhalten hat. Die Regierung bleibt indifferent und das INDE weicht seinen Verpflichtungen seit Jahren aus.

Die Überlebenden von Río Negro haben sich daher entschieden, die Mitverantwortung der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank geltend zu machen. Denn beide haben, durch die massgebliche finanzielle Beteiligung am Stauseeprojekt, direkt das Elend der betroffenen Bevölkerung mitverursacht. Aufgrund einer Studie von *Witness for Peace*, in der die Weltbank scharf kritisiert wird, musste diese immerhin zugeben, dass die Massaker stattgefunden haben.

Río Negro wird zum Gradmesser für Weltbankrichtlinien für Staudammprojekte und unfreiwillige Umsiedlung von Zivilbevölkerung. Zwei Themen, die Nichtregierungsorganisationen seit den frühen 80er-Jahren genau beobachten und infolge der hohen Infrastrukturkosten und Umweltbelastung stark kritisieren.

Aufgrund dieser Kritik musste die Weltbank ihre Richtlinien verschärfen. So heisst es heute in den Direktiven, dass jedeR, die/der gegen den eigenen Willen umgesiedelt wird, Ersatz erhalten muss, der den bisherigen oder einen besseren Lebensstandard erlaubt. Oder auch, dass indigene Menschen, die durch ein von der Weltbank mitfinan-

ziertes Projekt betroffen sind, direkt befragt werden und ihre kulturellen und sozialen Bedürfnisse vollständig respektiert werden müssen.

All diese Vorgaben werden immer wieder aufs Stärkste verletzt. Der Chixoy-Staudamm ist nur eines der Beispiele. Daher empfehlen viele Nichtregierungsorganisationen, Darlehen für Staudammprojekte, die eine Umsiedlung lokaler Bevölkerung verlangen, grundsätzlich zu verbieten.

Das *Zentrum für Umweltrecht* (CIEL) in Washington führt zudem Chixoy als Argument für die Forderung einer Stärkung der internen Kontrollorgane der Weltbank an. Viele UmweltkritikerInnen finden in Chixoy auch Argumente für eine neue Energiedebatte, die auf Energiesparen und erneuerbaren Ressourcen wie Sonne und Wind basieren, anstatt auf grossen, destruktiven Stauseeprojekten.

In der Frühjahrssitzung von Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfonds) haben die AktivistInnen den Fall Chixoy anhand der Wiedergutmachungsklage von Carlos Chen neu aufgerollt. Bisher weigerte sich die Weltbank, Verantwortung für von ihr finanzierten Projekte zu übernehmen und versucht, sich umfassend vor einer gerichtlichen Klage zu schützen.

So wichtig die Kampagne in Washington für den internationalen Kampf um Verantwortung auch immer ist, die Antwort auf Río Negro's Probleme liegt schlussendlich in Guatemala. Alfonso Portillo verspricht zwar Unterstützung für die Forderung der Wahrheitskommission nach Wiedergutmachung, hat aber in seiner bisherigen Amtszeit noch nichts in dieser Richtung unternommen.

Insgesamt sehen sich die Überlebenden von Río Negro einem unfreundlichen politischen Klima gegenüber und bräuchten bei ihren Forderungen gegenüber der guatemaltekischen Regierung dringende und unterstützenden Druck durch die Weltbank.

### In eigener Sache

Der nächste Fijate! erscheint erst am 21. Juni, da ich unverhofft zu einer Woche Ferien gekommen bin und Mitte Juni eine neue Wohnung beziehe und dort zuerst mein Büro wieder einrichten muss...

Ich wünsche Euch/Ihnen allen einen schönen Sommeranfang!  
Barbara Müller